



Online

NZZ Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'715'000
Page Visits: 15'744'521

Auftrag: 1045855
Themen-Nr.: 260.015

Referenz: 74949133
Ausschnitt Seite: 1/2

Mercosur: Schweizer Bauern im Glashaus

Der Schweizer Bauernverband kämpft an gegen das Freihandelsabkommen Efta - Mercosur und kritisiert die Mercosur-Staaten in Sachen Tierhaltung, Nachhaltigkeit und Pflanzenschutz. Die Schweizer Bauern würden besser zuerst vor der eigenen Tür kehren.

Patrick Dümmler 1.10.2019, 05:30 Uhr

Man mag es schlechtes Timing nennen – für Isolationisten in der Schweiz war es ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk: Just als die internationale Aufmerksamkeit auf den brennenden Regenwald gelenkt wurde, verkündete zuerst die brasilianische, dann die Schweizer Regierung den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen über das Freihandelsabkommen Efta - Mercosur. Prompt wurde der kommunikative Steilpass von einer unheiligen Allianz aus links-grünen Kreisen und Agrarlobbyisten angenommen und medienwirksam weitergespielt: Ein Abkommen mit einer Regierung von Regenwaldzerstörern komme nicht infrage, hiess es von links und rechts.

Erfolgreiches Lobbying

Die Umweltschützer erhalten Sukkurs aus der Schweizer Landwirtschaft. Offiziell heisst es vom Schweizer Bauernverband, man sei nicht gegen ein Freihandelsabkommen, sofern «auch die Interessen der einheimischen Landwirtschaft darin berücksichtigt sind». Parlamentarische Vorstösse lassen jedoch nur eine Schlussfolgerung zu: Bei jedem neuen Abkommen versuchen Agrarkreise politisch so starken Druck zu erzeugen, dass von Vertretern der übrigen 99,4 Prozent der wertschöpfenden Branchen Konzessionen gemacht werden. Neue Subventionstatbestände oder strukturerhaltende Massnahmen sind die Folge. Einmal gelang es den Landwirtschaftslobbyisten gar, den Abbruch der Gespräche über ein Freihandelsabkommen zu erzwingen: Im Jahr 2006 verliess die Schweiz auf innenpolitischen Druck hin den Verhandlungstisch, an dem sie gemeinsam mit den USA sass – so etwas hatten die Amerikaner vorher noch nie erlebt.

Welche Gründe werden im Fall Mercosur angeführt? Der Schweizer Bauernverband setzt in seiner Medienmitteilung vor allem auf das Thema Umwelt: Tierhaltung, Nachhaltigkeit und Pflanzenschutzmittel. Dabei werden die Zustände in den Mercosur-Staaten angeprangert. Allerdings entspricht auch die Schweizer Landwirtschaft keineswegs den Bilderbuchvorstellungen, die uns via Werbung suggeriert werden. Was den Mercosur-Staaten, insbesondere Brasilien, vorgeworfen wird, sieht in der Schweiz folgendermassen aus: Die Tierhaltung entspricht vielfach nicht den idyllischen Bildern von glücklichen Kühen auf der Alp, wie eine umfassende Analyse zeigt. Über 600 Halter von Nutztieren wurden 2018 verzeigt – und dies, obwohl 90 Prozent der Kontrollen auf Voranmeldung erfolgen. Jährlich werden jedem siebten Bauern wegen Verstössen die Subventionen gekürzt.

In puncto Nachhaltigkeit liegt ebenfalls vieles im Argen. 2008 hat der Bund die Umweltziele Landwirtschaft veröffentlicht. Sie beruhen auf den bestehenden rechtlichen Grundlagen. Ein Ende 2016 publizierter Bericht zeigte, dass zwar punktuell Verbesserungen erzielt worden waren, jedoch keines der 2008 gesetzten 13 Ziele erreicht wurde – trotz milliardenschwerer Unterstützung. Die Schweizer Landwirtschaft erfüllt in wichtigen Punkten die Anforderungen der Gesetzgebung nicht. Die verursachten Umweltkosten können auf 7,3 Milliarden Franken pro Jahr geschätzt werden. Die Schweizer Landwirtschaft ist kein internationales Vorbild in Sachen Nachhaltigkeit.

Ein lokal zu hoher Tierbestand, unsachgemässe Lagerung von Hofdünger und der übermässige Einsatz von Pestiziden belasten das Grundwasser, insbesondere im Mittelland. Das Grundwasser ist an jeder dritten Messstelle belastet.

Ernüchternde Fakten

Dies sind ernüchternde Fakten angesichts der international beispiellosen Unterstützung des Schweizer



Landwirtschaftssektors durch die Steuerzahler und Konsumenten. Gerne wird vom Schweizer Bauernverband in seiner Kritik an Freihandelsabkommen die Zustimmung der Stimmbürger zu Art. 104a – dem Ernährungssicherheitsartikel – angeführt. Dabei wird das Abstimmungsergebnis allerdings zugunsten der Verbandsziele interpretiert. Doch das Resultat lässt sich auch anders auslegen: Der neue Verfassungsartikel fordert unter anderem eine standortangepasste Lebensmittelproduktion, was in der Schweiz nur in Teilen erfüllt ist. Ausserdem werden grenzüberschreitende Handelsbeziehungen zur Ernährungssicherheit verlangt. Gerade Letzteres spricht für eine internationale Diversifikation der Bezugsquellen von Nahrungsmitteln – etwa durch Freihandelsabkommen.

Was ist gewonnen, wenn die Türe gegenüber den Mercosur-Staaten zugeschlagen wird? Jedes Abkommen enthält einen institutionalisierten Austausch zwischen den Vertragspartnern. Um über Themen wie Umweltschutz und Arbeitsbedingungen zu diskutieren, wäre dies eine gute Plattform. Ausserdem schafft ein Freihandelsabkommen Arbeitsplätze, Einkommen und wirtschaftliches Wachstum für alle beteiligten Länder. Gerade Letztgenanntes trägt massgeblich dazu bei, Umweltprobleme zu lösen.

Die Kritik am Umgang der brasilianischen Regierung mit dem Regenwald ist berechtigt – doch wer wie der Schweizer Bauernverband im hochsubventionierten Glashaus sitzt, sollte mit Kritik vorsichtig sein.

Patrick Dümmler ist Senior Fellow und Forschungsleiter Offene Schweiz bei Avenir Suisse.